



Hallig Norderoog im Wattenmeer

AUFWIND-LUFTBILDER / VISUM

UNESCO I

Hamburg blockiert Watt-Schutz

Das Vorhaben, dem Wattenmeer entlang der deutschen und der niederländischen Küste denselben Schutzstatus zu verleihen wie dem Grand Canyon oder dem australischen Great Barrier Reef, ist durch Vorbehalte des Hamburger Senats gefährdet. Eine Nominierung des 13 000 Quadratkilometer großen Gebiets als Unesco-Welt-naturerbe könnte den Ausbau des Hamburger Hafens und die Vertiefung von Elbe und Weser behindern, befürchtet Wirtschaftsminister Gunnar Uldall (CDU). Er verweist auf das Beispiel der Dresdner Waldschlösschenbrücke, deren Bau durch den Unesco-Schutztitel verzögert worden ist. Man stehe der Unesco-Nominierung des Wattenmeers nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, müsse aber „Risiken ausschließen“, heißt es in der Wirtschaftsbehörde. Doch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) befürchtet, dass jede weitere Verzögerung das Projekt, das von der niederländischen und der deutschen Regierung gemeinsam betrieben wird, gefährden könnte. Nach Schleswig-Holstein hatte am vergangenen Dienstag auch Niedersachsen zugestimmt, das Gebiet bei der Unesco anzumelden. Die Länder versprechen sich davon eine größere internationale Ausstrahlung und mehr Tourismus. Strengere Nutzungsregeln gehen nach Auffassung Gabriels mit dem Unesco-Titel nicht einher, die Hamburger Projekte würden nicht beeinträchtigt. Aber die Zeit dränge: Den Hamburger Bürgermeister Ole von Beust (CDU) hat der Umweltminister nun gewarnt, die Hansestadt müsse bis Ende des Jahres zustimmen, sonst sei eine fristgerechte Nominierung nicht mehr möglich.

UNESCO II

Druck auf Sachsen

Ein Rechtsgutachten der Bundesregierung erhöht den Druck auf das Land Sachsen, das – allen Warnungen zum Trotz – mit dem Bau einer Brücke im Unesco-geschützten Elbtal begonnen hat. Die Ministerpräsidenten aller Länder hatten den Bund im Juni gebeten, die Frage zu klären, ob die Welterbekonvention für die Länder bindend sei – was Sachsen bestreitet. Laut dem nun vorliegenden Gutachten ist die Bundesrepu-

blik „durch die Ratifikation an die Einhaltung der völkerrechtlichen Verpflichtungen wirksam gebunden“. Durch den Einigungsvertrag sei die „Gültigkeitserstreckung“ der völkerrechtlichen Verträge auch für die neuen Länder erfolgt. Intern warnt das Auswärtige Amt massiv davor, die sogenannte Bindungswirkung des Unesco-Übereinkommens für die Länder in Frage zu stellen. Die Behörde fürchtet „erheblichen Schaden“ – vor allem für weitere deutsche Bewerber für die Welterbeliste. Im März wollen die Ministerpräsidenten darüber beraten, ob sie bekräftigen sollen, dass die Welterbekonvention nicht nur den Gesamtstaat, sondern auch die Länder bindet.

BUNDESTAG

Gerangel um Gedenkfeier

Zwischen SPD und Union gibt es Reibereien wegen einer Gedenkfeier zum 75. Jahrestag der Verabschiedung von Adolf Hitlers Ermächtigungsgesetz. SPD-Chef Kurt Beck und der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Peter Struck, wollen am 23. März kommenden Jahres offiziell im Bundestag an das Gesetz erinnern. Nach dem Willen der Genossen soll dabei der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel eine Ansprache halten. Außerdem überlegen die Sozialdemokraten,

eine Tonbandaufzeichnung der Rede des damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Otto Wels abzuspielen. In der Union stößt das Ansinnen des Koalitionspartners auf wenig Gegenliebe. Fraktionschef Volker Kauder machte Struck deutlich, dass er nichts davon halte, die Zahl der Gedenkfeiern im

Bundestag auszuweiten. Er erbat sich Bedenkzeit. Das Ermächtigungsgesetz, mit dem Hitlers Regierung 1933 vom Reichstag umfassende Vollmachten erteilt wurden, ebnete den Weg für die Nazi-Diktatur. Die Genossen verweisen gern darauf, dass ihre Abgeordneten gegen das Gesetz stimmten, während die bürgerlichen Parteien, darunter auch spätere CDU- und FDP-Politiker, es mit-



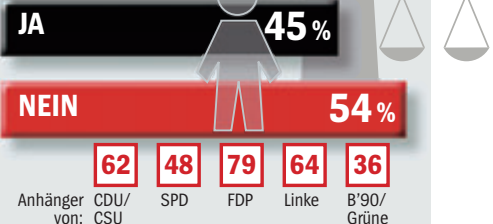
Redner Wels (1932)

PICTURE-ALLIANCE / DPA

Nachgefragt

Kinderrechte

„Glauben Sie, dass sich die Lage von Kindern in Deutschland spürbar verbessern würde, wenn man ihre Rechte im Grundgesetz verankern würde?“



TNS Forschung für den SPIEGEL vom 17. und 18. Dezember, 500 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“